



Newsletter 1/2026

Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangenen Monate boten den Befürwortern der A20 einige sehr erfreuliche Nachrichten, die wir auch in diesem Newsletter zusammengefasst haben. Wir dürfen inzwischen davon ausgehen, dass die Bagger 2026 in einzelnen Abschnitten rollen werden und die Finanzierung gesichert ist.

Die Argumente für die Küstenautobahn sind zahlreich und gut. In jüngerer Zeit wurden sie jedoch durch die sicherheitspolitische Debatte verstärkt. Für die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik sind auch leistungsstarke Autobahnen und gute Hinterlandverbindungen der Häfen zwingend erforderlich.

Wir alle würden uns wünschen, dass es nicht zu der sicherheitspolitischen Lage gekommen wäre, in der wir uns befinden. Aber nun gilt es, den Realitäten ins Auge zu sehen. Und eine davon ist es, dass die A20 ein Beitrag zu einem sicheren Deutschland wäre.

Der Vorstand wünscht Ihnen eine informative Lektüre dieses Newsletters. Die nächste Ausgabe soll Ende Juni 2026 erscheinen.

Der Vorstand

Michael Blach, Vorsitzender

Michael Appelhans, stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ralf Meyer, Schatzmeister

Kai Seefried, Beisitzer

Henning Wessels, Beisitzer

Thorsten Krüger, Beisitzer

Olaf Orb, Geschäftsstellenleiter



In Niedersachsen und Schleswig-Holstein: Deutliche Fortschritte für die Küstenautobahn

Die A20 ist in den vergangenen Monaten deutlich voran gekommen. Da der Planfeststellungsbeschluss für den 1. Bauabschnitt der A20 seit August 2025 bestandskräftig ist, besteht ausgeurteiltes Baurecht für den 13 Kilometer langen Abschnitt zwischen der A28 bei Westerstede und der A29 bei Jaderberg. Im April 2026 wird mit dem Bau der Küstenautobahn im Ammerland begonnen. Das hat Projektleiterin Annette Meyers auf einer Sitzung des Straßenbauausschusses des Ammerländer Kreistages im Februar mitgeteilt.

6- Bauabschnitt ebenfalls planfestgestellt

Der Baubeginn für eine Brücke gilt als offizieller Startpunkt des Projektes; die Ausschreibung ist bereits erfolgt. Die Bauzeit für diese Brücke beträgt nach Angaben von Annette Meyers voraussichtlich eineinhalb Jahre.

Auf niedersächsischer Seite wurde zudem im Januar der 6. Bauabschnitt der A20 planfestgestellt. Damit liegt Baurecht für die rund 12,4 Kilometer lange Strecke von der B495 bei Bremervörde bis zur L114 bei Elm vor.

Nach Darstellung von Niedersachsens Verkehrsminister Grant Hendrik Tonne war dieser Bauabschnitt durch erhebliche agrarstrukturelle Herausforderungen geprägt. Begleitend zum Verfahren wurden zwei Unternehmensflurbereinigungsmaßnahmen zum Schutz mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe durchgeführt.

Minister Tonne kommentierte: „Das Verfahren hat gezeigt, dass selbst bei komplexen Rahmenbedingungen Lösungen möglich sind, die Infrastrukturvorhaben voranbringen und zugleich die berechtigten Interessen der Landwirtschaft berücksichtigen.“

Planfeststellungsbeschluss auch für Abschnitt 7 SH

Seit Februar 2026 liegt nunmehr auch der Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt 7 auf schleswig-holsteinischer Seite von der A23 nach Glückstadt vor. Dieses Teilstück ist 15,3 Kilometer lang.

Mit Blick auf die weiteren Abschnitte der geplanten A20-Elbquerung zeigt sich dieses Bild: Das Kehdinger Kreuz (A20/A26) ist planfestgestellt. Jedoch sind Klagen anhängig. Beide Tunnelabschnitte besitzen zwar ebenfalls unanfechtbares Baurecht. Doch dürfen die Bauarbeiten erst beginnen, sobald für die Abschnitte 7 in Schleswig-Holstein und das Kehdinger Kreuz dasselbe gilt.



Ministerpräsident zur Küstenautobahn: „Nun ist der Norden dran“

Der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies hat im Februar in einem Interview mit der „Kreiszeitung Wesermarsch“ und der „Nordsee Zeitung“ seine positive Einstellung zur A20 wiederholt. Der SPD-Politiker sagte: „Ich halte die Küstenautobahn ganz nüchtern betrachtet für zwingend notwendig für die wirtschaftliche

Entwicklung unserer Region. Dem Norden gehört die Zukunft. Dafür brauchen wir Infrastruktur – auch solche, die wir noch nicht haben.“ Lies weiter: „Die Küstenautobahn und die A39 werden wohl die letzten großen Straßenprojekte sein, aber die sind erforderlich. Hier zeigt sich: In der Vergangenheit war viel Süden und nun ist der Norden dran.“

Dialog muss gesucht werden

Olaf Lies räumte ein: „Auch die Küstenautobahn ist nicht überall Gewinner-Thema. Das ist ohne Zweifel so. Jede Infrastrukturmaßnahme führt zu Betroffenheit. Ich nehme die Sorgen der Menschen sehr ernst. Ich weiß selber, was es heißt, Infrastruktur in seiner Wohngegend zu haben.“

Allerdings gelte für ihn: „Wenn wir keine Infrastrukturmaßnahmen mehr ergreifen, haben wir ein Problem mit der weiteren Entwicklung unseres Landes. Wenn wir jedoch Infrastrukturmaßnahmen einleiten, müssen wir den Dialog suchen.“

Das hätten die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und anschließend die Autobahn GmbH bisher gut gemacht, so der Ministerpräsident.



Maritimer Koordinator Ploß zur A20: „Für maritime Wirtschaft enorm wichtig“

Dr. Christoph Ploß, Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und Tourismus, setzt sich seit vielen Jahren für den Bau der A20 ein. In einem im Februar veröffentlichten Interview mit der „Nordsee Zeitung“ unterstrich der CDU-Bundestagsabgeordnete diese Position. Ploß erklärte: „Der Bund investiert auch in die Infrastruktur rund um die Häfen, wie zum Beispiel den Weiterbau der A20. Noch in diesem Jahr werden die Bagger rollen,

damit die A20 weitergebaut werden kann.“

„Harter Kampf um die Finanzierung“

Für die Häfen sei das unerlässlich. Denn: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen hängt neben den Investitionen in die Hafenanlagen selbst auch von den so genannten Hinterlandanbindungen ab, also den Autobahnen und Schienennetzen rund um die Häfen. Viele Reedereien entscheiden sich genau deswegen für deutsche Standorte.“

Christoph Ploß sagte: „Ich habe mich (...) sehr für den Weiterbau der A20 eingesetzt, weil sie nicht nur die Mobilität der Bürger verbessert, sondern ebenfalls für die maritime Wirtschaft in der Region enorm wichtig ist.“

Die Finanzierung sei nun tatsächlich gesichert: „Das war ein harter Kampf, den wir dafür im letzten Herbst geführt haben. Aber er hat sich gelohnt. Es gilt jetzt der Grundsatz: Was baureif ist, wird gebaut.“

Infrastruktur-Zukunftsgesetz auf den Weg gebracht: Verfahren sollen einfacher und schneller werden

Die Bundesregierung hat im Dezember das von Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder vorgelegte Infrastruktur-Zukunftsgesetz verabschiedet. Nun sind Bundesrat und Bundestag am Zug. Ziel des Gesetzes: Verfahren sollen deutlich vereinfacht, digitalisiert und erheblich beschleunigt werden – damit es schneller zu Sanierungen und Ausbauten kommt.

Unter anderem können nach Darstellung der Bundesregierung durch das Vermeiden doppelter Prüfungen in Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren Monate bis Jahre eingespart werden.

Digitalisierung zentraler Bestandteil

Die Digitalisierung ist ein zentraler Bestandteil des Gesetzentwurfes, Durch digitale Verfahren mit Building Information Modeling (BIM) und KI-gestützter Einwendungsbearbeitung lassen sich Prozesse um bis zu 30 Prozent verkürzen. Planfeststellungsverfahren sollen künftig vollständig digital erfolgen – so auch die geplante Bürgerbeteiligung. Für Bürgerinnen und Bürger ohne Internetzugang ist eine Ausnahme vorgesehen.

Verbindliche Fristen sollen Stillstand durch Nichtentscheidungen verhindern. Herausragend ist ebenfalls die Regelung, dass der Bau von Vorhaben im „überragenden öffentlichen Interesse“ künftig prioritär behandelt wird. Dadurch werden die Projekte im Genehmigungsverfahren bevorzugt.

Wenn durch diese Maßnahmen Infrastrukturprojekte nur um zehn Prozent effizienter würden, könnten nach Einschätzung der Bundesregierung mit den vorhandenen Mitteln deutlich mehr Projekte umgesetzt werden. Zudem käme es zu geringeren inflationsbedingten Kostensteigerungen bei Bauprojekten durch schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse.

Norddeutsche Regierungschefs: Werbung für Häfen und Energie im Norden

Die Regierungschefs der norddeutschen Länder haben sich Ende Januar am Rande der Bundesratssitzung in Berlin getroffen und bekräftigt, dass sich der Bund wesentlich stärker an der Finanzierung der Hafeninfrastruktur beteiligen sollte. An dem Treffen nahmen Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther, Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies und Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher teil.

Die Regierungschefs wiesen unter anderem auf den hohen Stellenwert der Häfen für das Gelingen der Energiewende hin. Aber auch die verteidigungspolitische Bedeutung wurde angesprochen.

Reform der Bundesfernstraßenverwaltung: Minister Schnieder zieht positive Bilanz

Vier Jahre nach dem Betriebsstart der Autobahn GmbH des Bundes und des Fernstraßen-Bundesamtes hat das Bundesministerium für Verkehr die Reform der Bundesfernstraßenverwaltung evaluiert.

Ziel der Reform war es, die Aufgaben zentral zu bündeln und so die Leistungsfähigkeit der Bundesautobahnen zu stärken, damit alle Autobahnnutzer von einer modernen und sicheren Infrastruktur profitieren.

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder hält die Reform der Bundesfernstraßenverwaltung für gelungen. Er sagte: „Die Evaluierung zeigt, dass wir im Hinblick auf die Reformziele in kurzer Zeit bereits viel erreicht haben. Die Ergebnisse machen allerdings auch deutlich, dass noch Potenziale bestehen, die in den kommenden Jahren genutzt werden müssen.“ Zum Beispiel müssten flächendeckend die Voraussetzungen für digitales Planen und Bauen geschaffen sowie Prozesse weiter verschlankt werden. Daran werde gemeinsam mit der Autobahn GmbH des Bundes und dem Fernstraßen-Bundesamt gearbeitet, so der CDU-Politiker.



Doris Drescher: „Erste Marken gesetzt“

Doris Drescher, Präsidentin des Fernstraßen-Bundesamtes, erläuterte: „Bundeseinheitliche Verfahrensweisen, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung sind von Anfang an unsere Kernthemen. Mit Planfeststellungsverfahren aus einem Guss und einem ressortweiten digitalen Beteiligungsportal, mit bedarfsoptimierten Lösungen im Anbaubereich der Autobahn für Erneuerbare Energien und 5G und der ersten digitalen Austauschplattform des Bundes für Planung und Bau konnten wir erste Marken setzen.“

Die Weiterentwicklung dieser Kernthemen stehe ganz im Zeichen der Reform, so die Präsidentin.

Dr. Michael Güntner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Autobahn GmbH des Bundes, fügte hinzu: „Die große Autobahn-Reform ist geglückt. Die Bündelung der Zuständigkeiten unter einem Dach hat zu effizienteren Planungs- und Bauprozessen geführt. Gleichzeitig zeigt der Bericht konkrete Handlungsfelder auf, in denen wir unsere Leistung weiter verbessern werden.“

Förderkreis Feste Unterelbquerung: **Veranstaltung am 26. März in Glückstadt**

Der Förderkreis Feste Unterelbquerung e.V. lädt für den 26. März von 16:00 bis ca. 17:30 Uhr unter dem Motto „A20 – das wird gut“ zu einer Veranstaltung in das Rathaus in Glückstadt, Am Markt 4, ein. Im Mittelpunkt stehen Planungsfortschritte und wirtschaftliche Perspektiven im Zusammenhang mit der Küstenautobahn. Bürgermeister Rolf Apfeld liefert ebenso Wortbeiträge wie Steffi Wolke-Eichenberg von der DEGES und Dr. Sabine Schulz von der IHK zu Kiel.

Zahlen des ADAC belegen: **Stau-Situation hat sich verschärft**

Die Stausituation auf Deutschlands Autobahnen hat sich im Jahr 2025 weiter verschärft: Zwar sank die Zahl der registrierten Staus auf rund 496.000 (2024: 516.000). Die Staustunden stiegen jedoch um rund sieben Prozent auf insgesamt 478.000 (2024: 448.000). Die Gesamtlänge der Staus lag mit 866.000 Kilometern leicht über dem Vorjahreswert von 859.000 Kilometern. Das hat der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) veröffentlicht.

Höchste Zuwächse in Hamburg und Schleswig-Holstein

Bundesweit entfielen die meisten Staustunden auf Nordrhein-Westfalen mit 35 Prozent, gefolgt von Bayern mit 13 Prozent und Baden-Württemberg mit 10 Prozent. Die höchsten prozentualen Zuwächse wurden in Hamburg und Schleswig-Holstein (jeweils rund 30 Prozent mehr als 2024) sowie in Rheinland-Pfalz (plus 19 Prozent) verzeichnet. Während es im Januar mit rund 25.500 Staustunden relativ ruhig blieb, verdoppelte sich die Zahl im Juli auf knapp 50.000 Stunden. Damit war der Juli der staureichste Monat des Jahres, gefolgt vom Oktober mit knapp 49.000 Staustunden. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den Staukilometern. So wurden im Januar infolge eines Wintereinbruchs rund 65.000 Staukilometer registriert, von April bis November waren es durchgehend mehr als 75.000 Kilometer. Die Monate mit Spitzenwerten waren Juli mit 87.000 und Oktober mit 85.000 Staukilometern.

Kontakt zum Förderverein ProA20 e.V.

Förderverein Pro A20 e.V., c/o Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Haus Schütting, Am Markt 13, 28195 Bremen;

Tel. 0421/36 37 270; Fax 0421/36 37 274; Mail: info@pro-a20.com

Foto-Quellen:

Seite 2: Pixabay; Seite 3: Niedersächsische Staatskanzlei; Seite 4: Bundeswirtschaftsministerium; Seite 6: Pixabay